Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

WELTPOLITIK AUS BERLINER SICHT

Genf stand von Mitte März an wiederum im Mittelpunkt der internationalen Politik. Dort liefen zwei Konferenzen an, offiziell eine Abrüstungskonferenz im Rahmen des neuen, unter den Auspizien der UN entstandenen Ausschusses der achtzehn Länder und inoffiziell ein Ost-West-Gespräch der Außenminister der drei Großmächte über Berlin. An beiden Gesprächstischen blieb der französische Stuhl leer, weil Paris sich schon früher entschlossen hatte, den Genfer Verhandlungen fernzubleiben. Dadurch wurde die Wirksamkeit eventueller Vereinbarungen, sei es in der Abrüstungsfrage, sei es im Fall Berlin oder nur in den Prozedurfragen, von vornherein in Frage gestellt. Denn angenommen, daß sich in Genf Möglichkeiten für reelle Abmachungen abzeichnen würden, was allerdings angesichts der prinzipiellen Haltung der beiden Seiten wenig wahrscheinlich ist, müßte die Abwesenheit Frankreichs diese Chance wesentlich beeinträchtigen. Der Wert irgendwelcher Absprachen könnte dann mit dem Hinweis auf das Fehlen der Unterschrift oder der Zusage des französischen Delegierten völlig abgewertet werden.

Rein formell gesehen war der Entscheid Frankreichs über den Boykott der Genfer Gespräche vor allem in der Abrüstungsfrage von grundsätzlicher Bedeutung, weil Frankreich im Besitz des Atomgeheimnisses und, wenn auch nur in bescheidenem Ausmaß, der thermonuklearen Vernichtungsmittel ist. Ohne die Teilnahme der Pariser Regierung kann infolgedessen keine internationale Abmachung über das Verbot der Atomwaffen oder über die thermo-nukleare Abrüstung getroffen werden. Was den anderen Themenkreis angeht, dem das Genfer Treffen gewidmet war, namentlich die Berliner Frage, sind die Auswirkungen des von de Gaulle angeordneten Boykotts in formeller Hinsicht vielleicht nicht so weitgehend. Die Behandlung der Berlin-Krise ist noch, nach wie vor, dem amerikanisch-sowjetischen Gedankenaustausch, das heißt einem bilateralen Mechanismus, untergeordnet, und der bisherige Verlauf der Genfer Unterhaltungen mit Gromyko hat keine überzeugenden Beweise erbracht, daß die Sowjetunion diesen bilateralen Boden zu Gunsten der Wiederkehr von einem multilateralen Verfahren im Kreise der vier Mächte verlassen will. Im Gegenteil, man hat eher den Eindruck, daß die Sowjets sich ihrer in dem Viermächte-Abkommen verbrieften Pflichten entledigen möchten und deshalb dem einseitigen Kontakt mit Amerika mehr Interesse als den an sich für die Behandlung der deutschen Fragen, also auch des Berlin-Problems, zuständigen Gremien entgegenbringen. Das Fehlen Frankreichs, das von Anfang der Berlin-Krise an stärker als die angelsächsischen Mächte auf dem Boden der klaren juristischen Tatbestände steht und sich durch keinerlei Ablenkungsmanöver oder Verlockungen von diesem Standpunkt abbringen läßt, muß generell gesehen als eine Schwächung der westlichen Position angesehen werden. Denn obwohl Paris auf Grund der getroffenen Absprachen über die Gespräche mit Gromyko auf dem laufenden gehalten werden sollte, was hoffentlich geschehen ist, muß man zwischen einer diplomatischen Präsenz an Ort und Stelle der Gespräche, das heißt zwischen einer aktiven Teilnahme und nur einer, gewissermaßen obligatorischen Konsultierung, meistens über die erfolgten Unterhaltungen, unterscheiden. Dies hat auch die Interessen der Bundesrepublik und Berlins in Mitleidenschaft gezogen, weil Frankreich auf Grund der bestehenden Verhältnisse zum stärksten Anwalt der westdeutschen Belange prädesti-

niert war. In dem Augenblick, in dem diese Umschau geschrieben wird, läßt sich noch nicht übersehen, inwiefern diese Nachteile überhaupt eine Rolle spielten.

Propagandaschlacht statt Abrüstung

Die Arbeit des Abrüstungsausschusses der achtzehn Staaten geht auf den Auftrag der UN zurück, wonach die beteiligten Länder einen Ausweg aus dem Labyrinth der verschiedenen Projekte finden sollen, das im Laufe der letzten Jahre und infolge der heterogenen Vorschläge des Westens und des Ostens entstand. Die Genfer Konferenz kann keine konkreten Schritte beschließen, sondern höchstens Empfehlungen ausarbeiten, welche den Vereinigten Nationen bis zum ersten Juni vorgelegt werden sollen. Aber schon im Anlauf der Beratungen hat sich wiederum der unüberbrückbare Gegensatz zwischen den sich widersprechenden Auffassungen der beiden entscheidenden Machtgruppierungen gezeigt. Allerdings ist der neue UN-Ausschuß durch eine übernatürliche Heranziehung der militärpolitisch ungebundenen Länder so konstituiert worden, daß statt der sachlichen Erörterung der zur Debatte stehenden Fragen, die nur zwischen den Mächten erfolgen kann, welche im Besitz der nuklearen Waffen und großen konventionellen Streitkräften sind, ein Wettlauf um die Beeinflussung der zusätzlichen Partner begann. Das hängt natürlich mit den Veränderungen zusammen, die in der letzten Zeit in den UN vor sich gegangen sind. Kein Wunder deshalb, daß der Ostblock, vertreten durch die Sowjetunion, Polen, Bulgarien, Rumänien und die Tschechoslowakei auf der einen Seite, und der Westen, repräsentiert durch die USA, Großbritannien, Italien und Kanada (ohne die Teilnahme Frankreichs) einen großen Wert darauf legen, die übrigen acht Teilnehmerstaaten Indien, Brasilien, Schweden, Äthiopien, Burma, Mexiko, die Vereinigte Arabische Republik und Nigeria für den jeweiligen Standpunkt in der Abrüstungsfrage zu gewinnen, damit die kommenden Auseinandersetzungen vor den UN in New York für die jeweilige Machtgruppierung günstig verlaufen könnte. Wie die ersten Debatten zeigten, war die Ausdehnung des Abrüstungsausschusses auf eine derart große Anzahl von Ländern, die den wesentlichen Problemen des Machtpotentials zwischen Ost und West nicht die notwendige Erkenntnis entgegenbringen können, eher von Nachteil als von Vorteil für den Westen. Dazu kommt noch der Umstand, daß der schwedische Außenminister Unden vor der Genfer Konferenz eine Initiative über die Bildung von atomwaffenfreien Zonen anregte, deren effektiver Wert für die westliche Allianz sehr zweifelhaft ist.

In grundsätzlicher Hinsicht erwies sich die Genfer Abrüstungskonferenz — auch wenn man im Zeitpunkt der Niederlegung dieser Gedanken ein endgültiges Urteil vermeiden muß — vor die gleichen Schwierigkeiten gestellt, wie das bisher in allen solchen Zusammenkünften der Fall war. Die Sowjetunion ließ vom ersten Tag an erkennen, daß die sowjetische Diplomatie keine allgemeine Abrüstung will, wie sie das in ihren Verlautbarungen und verschiedenen Projekten vortäuscht, sondern daß es ihr darum geht, entweder eine Schwächung der NATO auf dem europäischen Festland ohne die gleichen Konsequenzen für das Potential des Warschauer Paktes herbeizuführen, oder die Westmächte, in erster Linie die USA, an der weiteren Entwicklung der modernen Waffen zur Abschreckung zu hindern. Beherrschend in diesem Spiel ist der Versuch Gromykos, daß Kennedy in seinem Vorhaben, den infolge der Wortbrüchigkeit Moskaus im letzten Herbst errungenen sowjetischen Vorsprung auf dem Gebiet der Atomversuche in der Atmosphäre aufzuholen, die Hände gebunden werden sollen, wodurch sich die Sowjetunion dann noch mehr Erpressungen in politischer Hinsicht, sei es in Europa, sei es in Südostasien, leisten könnte. Diesem obersten Ziel diente der von Außenminister Gromyko am 15. März in Genf unterbreitete Entwurf eines Vertrages für allgemeine und vollständige Abrüstung in drei Etappen, welcher — wie man das auf der amerikanischen Seite glücklicherweise sofort erkannte — einer Aufforderung zum Selbstmord der freien Welt gleichkam. Die Sowjetunion hat

nämlich eine wirksame internationale Kontrolle aller ihr zur Verfügung stehenden Vernichtungsmittel und konventionellen Streitkräfte auch diesmal genau so stur wie in den verflossenen Jahren abgelehnt. Nachdem Chruschtschew am 16. März in einer politischen Rede diese Intransigenz in der fundamentalen Kontrollfrage zum Ausdruck brachte, bleibt der Genfer Abrüstungskonferenz wenig Aussicht auf einen Erfolg.

Raketen statt Butter

Die sowjetische Führung harrt auf ihren alten Positionen in der Abrüstungsfrage aus, obwohl sie, vom wirtschaftspolitischen Aspekt aus betrachtet, ein dringendes Interesse für eine Freigabe der enormen Ausgaben für die Armee zu Gunsten des zivilen Sektors der Ökonomie haben müßte. Das hat sich eine Woche vor der Eröffnung der Genfer Begegnung in unmißverständlicher Weise gezeigt. Vom 5. bis 10. März tagte in Moskau das Zentralkomitee der sowjetischen KP. Auf der Traktandenliste stand ein einziger Punkt, namentlich die Agrarkrise Rußlands. Chruschtschew selbst hat die trostlose Situation mit konkreten Zahlen illustriert. Der Siebenjahresplan sah für das vergangene Jahr eine Getreideproduktion von 9,4 Milliarden Pud vor, aber man hat nur 8,4 Milliarden eingebracht, also endete der ehrgeizige Plan mit einem Defizit von einer Milliarde Pud. Bei der Fleischproduktion ist es ähnlich zugegangen. Nach dem Plan sollte die Sowjetunion im vergangenen Jahr 11,8 Millionen Tonnen Schlachtfleisch aufbringen, statt dessen waren es nur 8,8 Millionen Tonnen. Es fehlten also drei Millionen Tonnen Fleisch zur Planerfüllung, und man darf nicht vergessen, daß die örtlichen Parteisekretäre Chruschtschew vor zwei Jahren versprachen, den Plan in der Fleischerzeugung um etliche Millionen Tonnen zu vermehren. Auch mit Milch erfolgte eine große Panne. Nach dem Plan müßten 78,4 Millionen Tonnen in die Kannen der staatlichen Molkereien geflossen sein, aber es waren nur 62,5 Millionen; es fehlte die Kleinigkeit von 15,9 Millionen Tonnen Milch.

Den Fehlschlag begründete Chruschtschew in erster Linie mit dem übertriebenen Kult des Trawopolnaja-Systems, dem er einen unversöhnlichen Kampf ansagte. Die Methode des russischen Agrartheoretikers Wassilij Williams beruhte darauf, daß man zur Aufrechterhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens mehrjährige Futterpflanzen anbaute. Angesichts des akuten Mangels an Kunstdünger war diese Methode nicht ganz übel, zumal sie in den hiefür bestimmten Gegenden auch zur Aufbewahrung der notwendigen Bodenfeuchtigkeit beitrug. Aber die nach 1946 erfolgte Ausdehnung der Williams-Theorie auf die ganze Sowjetunion, die mit der überspitzten Zentralisierung auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik zusammenhing, war unsinnig. Jetzt sollen die Spezialisten in der Landwirtschaft umgeschult werden. Die Ministerien und Hochschulbehörden müssen neue Lehrpläne und Lehrbücher für den Agrarunterricht herausgeben. Für die praktische Seite meldete Chruschtschew einen langen Katalog an Wünschen an. Er will allerlei binnen kürzester Zeit herbeiführen. Neue Sorten landwirtschaftlicher Kulturen, wie zum Beispiel winterfeste Weizensorten für die Ukraine und die Schwarzerde-Gebiete Zentralrußlands, weil bisher jedes Jahr Weizen auf Millionen Hektaren Land erfriert. Für Sibirien und Kasachstan sollen dürrebeständigere Sorten entwickelt werden. Für Mais wünscht er sich solche Saatzucht, die den Prozeß der Reife beschleunigen soll. Und bei der Viehzucht möchte Chruschtschew, daß ihm die Züchter «frühreife und leistungsfähigere Viehrassen» herbeizaubern, welche außerdem, wie er sagte, bei geringem Aufwand an Futter, die Fleischproduktion beschleunigen könnte.

Der Übergang zu den neuen, intensiveren Anbaumethoden stellt natürlich große Ansprüche an die Produktion von Kunstdünger. Der Siebenjahresplan sieht einen Sprung von zwölf Millionen Tonnen, die zuletzt produziert wurden, auf 35 Millionen Tonnen vor. In den drei bisher abgelaufenen Jahren wurden statt der vorgesehenen zusätzlichen fast zehn Millionen Tonnen nur 2,9 Millionen Tonnen Kunstdünger hergestellt. Der Bau neuer Fabriken für Kunstdünger ist in

den drei Jahren nur zu 44 Prozent erfüllt worden. Nun soll dieses Programm radikal beschleunigt werden. Aber auch mit den landwirtschaftlichen Maschinen klappt es nicht ganz, denn Chruschtschew erklärte, daß es an modernen Geräten für die Zuckerrüben-, Kartoffel- und Gemüseernte und einer mechanisierten Getreideeinbringung fehlt. Nun will er in einem, wie er sich ausdrückte, Aktivistentempo ein neues Traktorenwerk, ein Landmaschinenwerk sowie ein Werk für Ausrüstung für die Mechanisierung der Viehzucht bauen lassen.

Die wichtigste Maßnahme aber, mit der Chruschtschew die Agrarkrise lösen will, ist organisatorisch-bürokratischer Art. Dazu werden zwei neue Organe gebildet, nämlich Komitees zur Leitung der Landwirtschaft auf der gesamtstaatlichen Ebene, das heißt in Moskau, in den fünfzehn Republiken und dann auf der Stufe der Länder oder Gebiete. Diese Komitees werden unter der strengen Kontrolle der Partei wirken, und dazu ist vorgesehen, daß sie hauptsächlich aus den kompetenten Parteifunktionären zusammengesetzt werden. Daneben wird es Produktionsverwaltungen, jeweils für eine bestimmte Zahl von Kolchosen und Sowchosen geben, denen besondere Funktionäre mit dem Doppeltitel der «Inspektoren-Organisatoren» zugeteilt werden. Aus den bisherigen inoffiziellen Berichten aus der Sowjetunion kann man den Eindruck gewinnen, daß erfahrene landwirtschaftliche Spezialisten den Neuigkeiten mit größter Skepsis entgegensehen. Diese Skepsis ist begründet, weil Chruschtschew zum Abschluß der Tagung erklärte, daß die Investitionsmittel für die Überwindung der Agrarkrise ohne Abstriche am Militärbudget aufgebracht werden, ohne daß die Konsumgüter-Industrie in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn man die gespannte Zahlungsbilanz der Sowjetunion berücksichtigt, erscheint diese Auskunft wenig überzeugend.

Auf Kosten des Westens

Man muß deshalb annehmen, daß Chruschtschew entweder den zivilen Verbrauch einschränken wird und vielleicht mit gefälschten Statistiken, wie es Stalin tat, operieren wird, wodurch natürlich eine tatsächliche Beseitigung der Engpässe nicht eintritt, oder zu anderen Mitteln greift. Und hier kommt man wiederum auf die internationale Politik zurück. Es scheint nämlich, daß der sowjetische Diktator sich doch mit dem Gedanken trägt, einen Teil der Ausgaben, die bis jetzt von der Aufrüstung verschlungen wird, auf die Entwicklung der vernachlässigten Landwirtschaft zu verwenden. Das könnte er aber nur dann tun, wenn in dem Kräfteverhältnis zwischen dem Ostblock und dem Westen eine Schwankung zu Ungunsten der westlichen Allianz eintreten würde. Am wirksamsten könnte eine solche Situation dann sein, wenn es der Sowjetunion gelingen würde, das westliche Kräftepotential an der Berührungslinie zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO, das heißt entlang der Elbe- und Werragrenze zu schwächen. Die Ansatzpunkte dazu sind bereits vorhanden. Chruschtschew verlängert das Moratorium in der Berlinkrise in der Erwartung, daß er diese Streitfrage als einen Hebel für Konzessionen seitens des Westens in der Sicherheitsfrage Westeuropas, vor allem aber mit der Bundesrepublik, ausnutzen kann. Seit Mitte Februar wenden die Sowjets konsequent eine Erpressungstaktik an, die die Luftkorridore zwischen Westberlin und der Bundesrepublik betrifft. In den Sondierungsgesprächen Gromyko-Thompson zeigen sich keine Spuren von Entgegenkommen; die westlichen Vorschläge über die Bildung einer internationalen Kontrollbehörde für die Zugangswege von und nach Westberlin werden abgelehnt. Man muß also damit rechnen, daß die Sowjets an einer lokalisierten Lösung des Berlinproblems, wie dies von Adenauer und Kennedy vereinbart wurde, kein Interesse haben und danach trachten, wie sie auf Grund des bereits Erreichten neue Vorteile gewinnen könnten, Vorteile, die das Kräfteverhältnis in militärpolitischer Hinsicht betreffen würden.

Dieses Kapitel der sowjetischen Taktik hat erst begonnen. Die russische Diplomatie geht dabei zweigleisig vor. Auf der einen Seite werden die westdeutschen Politiker mit Hilfe trügerischer Offerten gelockt, hinter

denen kein reelles Angebot steht. Aber das genügt, um die deutsche Politik an Aktivität zu hindern und sie zu einem Leisetreten zu zwingen, das in manchen Fällen sogar in kritische Erscheinungen umschlägt. Die Nervosität, die sich in der letzten Zeit in den Affären Kroll und Dehler bemerkbar machte und von allem anderen als einer souveränen, kühlen und ihrer Sache an der Seite der Westmächte sicheren Position zeugt, muß von der sowjetischen Seite als ein positives Symptom der beginnenden Verwirrung in den deutschen Gemütern bewertet werden. Schon um solche anfänglichen Erfolge lohnte sich der zu nichts verpflichtende Einsatz eines Memorandums vom vergangenen Jahr, das zwar von der offiziellen westdeutschen Seite theoretisch klug und geschickt pariert wurde, aber, wie die politische Wirklichkeit zeigt, einen Prozeß der fortschreitenden Demoralisierung in gewissen Kreisen einleitete.

Leider zeigen sich bei den Partnern Deutschlands häufig Anzeichen von Illusionen, die dazu dienen können, daß die Atmosphäre in der Bundesrepublik eher gereizt als beruhig wird. Wenn die westdeutsche Industrie die Leipziger Messe boykottiert und die britischen Geschäftemacher die freigewordenen Plätze in einem Ansturm erobern, muß logischerweise als weiteres Produkt derartiger Vertrauensbrüche innerhalb der Allianz eine Lockerung der politischen Moral entstehen und die Versuchung nach einem Arrangement mit dem Osten wachsen.

Wenn es Chruschtschew gelingen würde, die Idee einer atomwaffenfreien Zone, das heißt den Schlag gegen die militärische Stärke der NATO in Mitteleuropa zu verwirklichen oder nur durch eine partielle Bereitschaft des Westens zur Erörterung solcher Pläne ein Gefühl der Unsicherheit bei einigen Partnern der NATO auf dem europäischen Festland auszulösen und dann eine Vertrauenskrise innerhalb der westlichen Allianz heraufzubeschwören, würde die erste Phase der langfristigen außenpolitischen Planung Moskaus von Erfolg gekrönt sein. Das wäre auch eine wirksame Rache Moskaus an den überzeugenden Beispielen solcher Solidarität der europäischen Partner, wie der Ausdehnung der EWG auf die bisher abseits stehenden Länder. So hat die Berlinkrise mehrere Gesichter, und man muß aufpassen, daß man nicht auf ein Junktim eingeht, dessen Verwirklichung in Berlin einen honorablen Ausweg aus den Schwierigkeiten, anderswo aber einen irreparablen Schaden bringen könnte.

So scheint die primäre Aufgabe, vor der der Westen in diesem Frühjahr steht, eine Vertrauenskrise innerhalb der eigenen Allianz zu verhindern und den Schachzügen des Ostblocks mit der Solidarität entgegenzutreten, wie das jahrelang in dem Konflikt unserer Epoche selbstverständlich war. Das kann aber nur dann geschehen, wenn sich Frankreich von seinen Wunden, die aus dem algerischen Krieg resultieren, und von den inneren Zerwürfnissen erholt und wiederum die Schlüsselposition in Westeuropa einnimmt, die ihm von der Geographie, der Geschichte und der gegenwärtigen Situation gegeben wird.

Alexander Korab

GROSSBRITANNIEN IM ZEICHEN DES KALTEN KRIEGES

Die britische Außenpolitik steht durchaus im Zeichen des kalten Krieges. Was immer von Macmillan und seinen opportunistischen Neigungen gesagt werden mag, in der Wahl seines jetzigen Außenministers war er außerordentlich gut beraten. Lord Home ist wahrscheinlich einer der besten Außenminister, die Großbritannien je gehabt hat. Auch ist er heute einer der wenigen Außenminister, die nicht nur das vollste Vertrauen des

Regierungshauptes besitzt, sondern auch weitgehendsten Einfluß auf dasselbe ausübt.

Homes Verhältnis zu Macmillan kann man am besten mit demjenigen von Foster Dulles zu Eisenhower vergleichen. Während der Unterredungen der drei Außenminister in Genf vor der Abrüstungskonferenz kam dies besonders klar zum Ausdruck, da ja sowohl Rusk wie Gromyko bloß Exekutivorgane sind. Niemand kann Lord Home den Vorwurf machen, nicht genau zu wissen, um was es sich im kalten Kriege handelt. Als er kurz nach der Übernahme des Foreign Office der Vereinigung der Auslandspresse einen Besuch abstattete, machte er dies den Anwesenden in wenigen Worten ganz klar. Er schließt jegliches Ende des kalten Krieges solange aus, als Rußland von Fanatikern des leninistischen Dogmas der Weltrevolution als der Staatsräson der Sowjetunion regiert wird. Dadurch ist eben auch seine Stellung gegenüber der öffentlichen Meinung des «Vereinigten Königreiches» sehr erschwert. Der Durchschnittsengländer gibt sich gern pazifistischen Illusionen hin, so sehr er auch auf die Wahrung seiner Großmachtsinteressen bedacht ist. Die hiesige kommunistische Partei ist viel zu schwach, um als sichtbares Schreckobjekt dienen zu können, und der Ostblock ist zu weit, um seine ganze entsetzliche Wirklichkeit dem Mann auf der Straße zum Bewußtsein zu bringen. Auch ist zu berücksichtigen, daß die seitens der Liberalen und Sozialisten den Vereinigten Nationen entgegengebrachte idealistische Verehrung die Verteidigung gegen die andauernden Versuche der Russen erschwert, das Mißtrauen der ehemaligen Kolonialvölker gegen den Westen für ihr Bestreben auszubeuten und mit Hilfe der «Afro-Asiaten» die westlichen Regierungen ständig zu Angeklagten zu stempeln. Glücklicherweise wird dieses Manöver von vielen Gelben und Schwarzen und sonstigen «Farbigen» allmählich durchschaut. Aber Lord Home bleibt wegen seinen mutigen Ausfällen gegen diese demagogische Propaganda einer ständigen Kritik ausgesetzt. Auch wird hier das klare Bild der Fronten im kalten Krieg häufig durch den Unwillen weiter Kreise verzerrt, einen klaren Unterschied zwischen der heutigen demokratischen Bundesrepublik Deutschland und dem «Dritten Reich» Hitlers zu machen. Eine vielgelesene Presse, Eigentum des Kanadiers Lord Beaverbrook (Daily Express, Sunday Express, Evening Standard) macht es sich zur besonderen Aufgabe, den Haß der Kriegszeit gegen das nationalsozialistische Deutschland am Leben zu erhalten und gegen das Deutschland Adenauers zu schüren. Glücklicherweise sind die vier Millionen ständiger Leser dieser Presse politisch sehr wenig von ihr beeinflußt, da sie sich bloß für ihren ausgezeichneten kriminalistischen, erotischen und sportlichen Nachrichtendienst interessieren. Immerhin verfügt sie aber über einige Parlamentsmitglieder (Lord Hinchingbrook, Brigadier Clarke, Mr. Dreyson usw.), die ihre Vorurteile gegen Englands Eintritt in die EWG und gegen die unnachgiebige Haltung der atlantischen Bundesgenossen gegenüber dem russischen Imperialismus teilen. Während Lord Home in Genf sehr deutlich zu verstehen gab, daß von einem prinzipiellen Nachgeben Großbritanniens in der Berliner Frage (und der damit verbundenen deutschen Wiedervereinigungsfrage) keine Rede sein könne, jauchzten in Leipzig Mikojan, Ulbricht, Cyrankiewicz usw. vor Vergnügen über die gläserklirrenden Anbiederungen an die DDR seitens des sogenannten «Rudi-Sternberg-Zirkus», das heißt der um einträgliche Geschäfte mit den Pankower roten Schergen werbenden «Businessmen» und Parlamentarier aus England. Dazu kommen noch die verrückten Demonstrationsmärsche und die Polizei erschöpfenden «Gehorsamsverweigerungen» seitens der (großenteils kommunistischen) Anhänger der Kernwaffenfeinde: Lord Bertrand Russell und Domherr Collins, die mit Englands einseitiger Abrüstung Chruschtschews Gnade erkaufen wollen.

Wie gesagt, Lord Home glaubt an keinerlei dauernde Verständigung mit den roten Machthabern. Er macht sich auch wenig Illusionen über mögliche günstige Auswirkungen des russisch-chinesischen Streites für den Westen. Gegenüber der freien Welt bleiben die Anhänger verschiedener Wege zur Erreichung des gleichen Zieles, der Vernichtung des christlichen Abendlandes, doch

solidarisch. Gromyko lehnte ja neuerdings in Genf jegliche Hilfe zur Pazifierung von Laos ab, wo chinesische Intrigen die Berufung einer ehrlich neutralen Regierung unmöglich machen, um das unglückliche Land für Durchmärsche zur Unterstützung der kommunistischen Rebellion in Süd-Vietnam ausnützen zu können. Aber, so sehr er auch General de Gaulles Verachtung für Unterhandlungen mit Chruschtschew teilen mag, als britischer Außenminister muß er «nichts unversucht lassen», um eine Verständigung zu erreichen — trotz des Scheiterns aller bisherigen Konferenzen mit den Russen seit dem von ihnen so schmählich und verräterisch gebrochenen Vertrage von Jalta, der ja an sich eine Kapitulation vor Stalins Versklavung Osteuropas war. Wie könnte man sich denn auch heute auf dem Wege einer 18-Mächte-Konferenz eine allgemeine Abrüstung vorstellen mit Satelliten und neutralen Demagogen wie Krischna Menon als Beifallsklatscher für russische Propagandaschreier, die jegliche internationale Inspektion und jegliche Abrüstung ausschließen und vor allem darauf bedacht sind, unter dem Vorwand eines Regimes zur Abrüstung, die Westmächte aus Deutschland hinausmanövrieren zu können und ihre Bundesgenossen zur Neutralität zu zwingen. Die Unterdrükker Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Bulgariens, der baltischen Völker usw. berufen sich dabei auf die angebliche deutsche Gefahr, als ob die Sowjetunion nicht durch den Ribbentrop-Molotow-Pakt die volle Mitverantwortung für den zweiten Weltkrieg tragen würde. Rußlands Treulosigkeit in seiner Einstellung zur atomaren Abrüstungsfrage zwingt ja auch heute die angelsächsischen Mächte zum Verlangen einer Aufsicht zur Verhinderung einer Sabotierung jeglicher eventuellen Verständigung durch geheime Vorbereitungen zu ihrem Bruch. Die eine Zeitlang im Westen verbreitete Wahnvorstellung der angeblichen Möglichkeit einer Beendigung des kalten Krieges durch «Disengagement», was dem schlauen Verlangen des Ostblocks nach einem «bündnislosen» neutralen Gürtel von der Ostsee bis Jugoslawien mit «den beiden deutschen Staaten» im Mittelpunkt sehr nahe kam, hat heute glücklicherweise nur mehr wenige Anhänger. Lord Home weiß ganz genau, daß der die russische Außenpolitik beherrschende leninistische Dogmatismus jegliche territoriale Konzession dort ausschließt, wo eine kommunistische Regierung im Sattel ist. Eine «österreichische Lösung» ist daher in Deutschland unmöglich. Daher kann auch ein russisches Nachgeben in Berlin nicht erwartet werden, das Chruschtschew unter allen Umständen in die DDR einverleiben will, so sehr er sich auch Zeit lassen mag, um die öffentliche Meinung im Westen mit dem Trugbild einer «freien Stadt» irrezuführen. Ob Chruschtschew eine propagandistische Gipfelkonferenz durch Schaffung einer akuten Kriegsgefahr zu erzwingen gedenkt, ist eine Frage für sich.

Der kalte Krieg beeinflußt alle großen Probleme Großbritanniens. Seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind zwar vor allem die Folge des jetzt chronischen Defizits im Außenhandel, größtenteils verursacht durch die maßlosen Lohntreibereien der Gewerkschaften und die inflationäre Kauflust der allzu wohlhabenden werktätigen Klassen. Die Regierung war daher gezwungen, zu der jetzt zu Ende gehenden Sperre weiterer Lohnerhöhungen und zur Berufung eines Rates für Wirtschaftsentwicklung, in welchem auch die Gewerkschaften vertreten sind und so die Mitverantwortung für die Mäßigung ihrer Lohnpolitik in der Zukunft übernehmen müssen. Aber diese Schwierigkeiten werden stark durch die Devisenmenge erschwert, welche die Stationierung britischer Streitkräfte im Auslande erfordert, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung wünscht begreiflicherweise einen großzügigen Beitrag der Bundesrepublik an diese Kosten, aber in Bonn sieht man ebenso begreiflicherweise in der britischen Rheinarmee nicht so sehr die Verteidiger der deutschen Freiheit, als einen integralen Bestandteil der alle Länder des atlantischen Bündnisses gleichmäßig verteidigenden NATO-Streitkräfte. Das gibt natürlich zu Reibungen Anlaß, die von der antideutschen Presse gelegentlich durch Übertreibung ihrer Bedeutung ausgebeutet werden. Das britische Landesverteidigungsproblem ist ja lei-

der auch durch die vorzeitige Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und ihren Ersatz durch eine kostspielige Berufsarmee erschwert worden, deren Stärke unzureichend werden mag. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind ja auch der Hauptgrund für Großbritanniens Gesuch um Aufnahme in die EWG. Die diesbezüglichen Brüsseler Verhandlungen werden wohl bis in den Herbst hinein dauern, aber niemand zweifelt mehr am Entschluß der Regierung, schließlich der EWG beizutreten, trotz aller ernstgemeinten Solidaritätsbeteuerungen gegenüber den Staaten des Commonwealth und der EFTA. Auch in oppositionellen Kreisen wird der Widerstand gegen diesen Beitritt schwächer. Kennedys großzügiges Programm zur Liberalisierung des Außenhandels und die neuen Verträge der USA mit Großbritannien und der EWG im Rahmen des GATT machen ja Großbritanniens bevorstehenden historischen Entschluß unendlich leichter. Die anderen EFTA-Staaten wollen ja auch auf diese oder jene Weise diesem Beispiel im eigenen wirtschaftlichen Interesse folgen. Ohne den kalten Krieg wäre dies kaum denkbar, da ja der nicht zu leugnende amerikanische Druck auf die Londoner Regierung in der Richtung dieses Beitrittes durch Amerikas Interesse an der Einheit Europas gegenüber der roten Gefahr bedingt war. General de Gaulles «Europe des patries» ist dabei ein sehr beruhigendes Motiv für Großbritannien, das seine politische Souveränität auf keinen Fall zugunsten eines «integrierten» Europas verlieren möchte. Um so mehr wünscht man in London zusammen mit allen Staaten des freien Europa der EWG beitreten zu können.

Die in diesem Falle so offensichtliche Abhängigkeit Großbritanniens von den USA ist eine Tatsache von größter historischer und politischer Bedeutung, die durch beide Weltkriege bedingt wurde. Macmillans ganze Politik gegenüber Amerika ist doch ständig darauf bedacht, durch persönliche Kontakte und diplomatische Künste das Bild einer angelsächsischen Solidarität der Welt — und seinem eigenen Volke — zu präsentieren, an Stelle der seit dem Scheitern der Expedition nach Suez unabwendbaren nicht mehr ebenbürtigen Wirklichkeit. Trotz allem Geschrei der antiamerikanischen Beaverbrookpresse und der sogenannten «Empire Loyalists» ist nun einmal das Commonwealth heute nicht viel mehr als ein Überbleibsel des ehemaligen Empires. Nur die mit England blutsverwandten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland, deren Königin Elisabeth II. bleibt, sind weiterhin Großbritanniens natürliche Bundesgenossen, im Gegensatz zu den republikanischen asiatischen und afrikanischen Commonwealthländern. Die wirtschaftlichen Bande mit diesen Ländern, beinahe ausschließlich landwirtschaftlicher Natur, spielen auch keine Rolle im Vergleich mit Englands Interesse am amerikanischen Markt und an den sehr reellen Aussichten des wirtschaftlichen Zusammenlebens mit Europa. Was wäre heute die einst so mächtige Bank of England ohne ihre amerikanischen Rückversicherungen, so sehr auch solche Kredite von der «Weltbank» gewährt werden. Und was ist Englands «eigene» atomare Schlagkraft im Vergleich zu Amerikas zahllosen Kernwaffen? Heute ist England militärisch zum großen Teil ein gigantisches amerikanisches Flugfeld geworden mit hunderten Kernbomben tragenden Flugzeugen und einem besonderen Hafen für amerikanische Unterseeboote mit atomaren Ferngeschossen. So sehr auch ein großer Teil der hiesigen öffentlichen Meinung auf Verständigung mit Rußland drängt und sich gelegentlich diesbezügliche Illusionen macht, bleibt eben eine Verständigung mit einer auf Weltherrschaft ausgehenden Macht unmöglich und daher ein inniges Bündnis Großbritanniens mit Amerika und Europa, Westdeutschland inbegriffen, eine politische, militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit.

Adam Romer

Anerkanntermaßen ist Israel das fortschrittlichste Land des asiatischen Kontinents. Es hat sich die Prinzipien westlicher Kultur ganz und gar zu eigen gemacht. Kurz, Israel ist ein Wohlfahrtsstaat im modernen, abendländischen Sinn. Auf seinem Boden treffen darüber hinaus die Kulturen des Nahen Ostens, verkörpert durch die aus orientalischen Ländern eingewanderten Juden und arabischen Stämme, mit Vertretern des europäisch-amerikanischen Kulturkreises aufeinander. Zwar ist Israel bei weitem nicht das einzige Land des Mittleren Ostens, auf dessen Gebiet sich die Repräsentanten westlicher und östlicher Kulturen begegnen. Ähnliches geschieht in der Türkei und in vielen arabischen Ländern. Eine Ausnahme bilden vielleicht die Länder der arabischen Halbinsel, wie Saudi-Arabien und Yemen, welche sich planmäßig von westlichen Einflüssen abschließen.

Diese Durchdringung mit westlicher Kultur geschieht aber in Israel, im Gegensatz zu jenen Ländern, im Lichte vollkommener staatsbürgerlicher Gleichheit, nach einem von der Regierung systematisch verfolgten Programm und in einem beschleunigten Tempo. Diese Züge sind es denn auch, die Israel zu einem kleinasiatischen Land stempeln, das mehr zum Westen als zum Orient gehört.

Die Ursprünge dieser Tatsachen sind historischer Art. Sie sind begründet in der jüngsten Geschichte und dem Aufbau des jungen Staatswesens. Sie begannen mit der Einwanderung von europäischen Elementen in ein vorherrschend orientalisches Gebiet: in das unter britischem Mandat stehende Palästina. Der kulturelle Einfluß dieser seit etwa 1919 ins Land strömenden Massen machte sich sehr früh auf allen Gebieten fühlbar. Es erfolgte eine Verminderung der arabisch-orientalischen Kultur. Dieser Prozeß bestätigte ein oft beobachtetes Phänomen, daß bei einem solchen Zusammenstoß der Kulturen die östliche stets der stärkeren Durchdringungskraft der westlichen Kultur unterliegt.

Die stetig fortschreitende Verwestlichung Palästinas erreichte ihren Höhepunkt in der zur Zeit des Hitlerregimes einsetzenden mitteleuropäischen Einwanderungswelle, die bei Kriegsausbruch im Jahre 1940 besonders große Ausmaße annahm. Das westlich-jüdische Kontingent betrug damals etwa 77,5% der Gesamtbevölkerung. Im Lichte dieser Ziffern war es vorauszusehen, daß der künftige jüdische Staat nach westlichem Muster gebildet und nach dem Westen hin orientiert sein werde. Die westlichen Gruppen der Einwohnerschaft schufen die wichtigsten öffentlichen Institutionen nach europäisch-amerikanischem Vorbild. Und zwar waren diese ihrer Form, ihrem Programm und ihren Prinzipien nach für die Gesamtheit der Bevölkerung ohne Unterschied ihrer Herkunft verbindlich. Das gilt in erster Linie für das Regierungs- und Parteiensystem, aber auch für private Einrichtungen sozialer und wirtschaftlicher Natur. Das israelische Parlament (Knesset) mit seiner Gesetzgebung wie das öffentliche Wahlrecht mit der Gleichberechtigung der Frau wurden bei der Staatsbildung von 1948 starke Faktoren der Verwestlichung. Von großer Bedeutung waren auch das Erziehungswesen mit der Einführung des allgemeinen und unentgeltlichen Schulzwangs sowie die Armee mit ihrem Einfluß auf die staatsbürgerliche Bildung des Individuums.

Das 1940 entstandene demographische Verhältnis änderte sich jedoch grundlegend, als 1948 der neue Staat die Tore des Landes für sämtliche jüdischen Einwanderer öffnete. Seither sind ungefähr 60 Prozent der etwas über zwei Millionen umfassenden Bevölkerung Israels orientalischen Ursprungs (aus Marokko, Indien, Persien, dem Irak usw.). Es ist vorauszusehen, daß sich dieses Verhältnis im Laufe der nächsten Jahre noch drastischer gestalten wird, einerseits infolge der stetig wachsenden Einwanderungsquote von Juden aus den orientalischen Ländern, anderseits durch die viel stärkere Geburtenziffer dieses Bevölkerungsteils gegenüber den westlichen Siedlern. Dieses ständige Anwachsen des orientalischen Elements hat je-

doch keinen Einfluß auf die westlich geartete staatliche Struktur. Tatsächlich ist es dem europäischen Emigranten möglich, wichtige kulturelle Eigenheiten ungestört beizubehalten, während der Orientale in Israel eine geistige Veränderung erfährt. Der Europäer muß vielleicht soziale und wirtschaftliche Umstellungen auf sich nehmen, doch der Orientale erfährt eine entscheidende Wandlung seines Weltbildes. Die Staatsform mit ihren öffentlichen und privaten Institutionen ist so stabil und auch so umfassend konzipiert, daß das Anwachsen des orientalischen Elements keinerlei Einfluß darauf haben kann. Im Gegenteil, es besteht eine starke und allgemeine Assimilierung westlicher Kulturwerte. Es gelingt den Juden orientalischen Ursprungs, in wenigen Jahren einen Kulturschritt von einigen Jahrhunderten zu machen, indem sie rasch in die Einrichtungen des modernen Staates hineinwachsen — eine psychologische und soziale Leistung, die nicht unterschätzt werden sollte.

Die innere Struktur des Landes ist die Vorbedingung zu Israels Haltung in wirtschaftlicher wie auch in politischer Hinsicht. Es liegt auf der Schneide der wirtschaftlichen und strategischen Interessen im Mittleren Osten, im Strudel des west-östlichen Wettstreites um die politische Vorherrschaft in dieser Region und gleichzeitig im Schnittpunkt der See- und Luftlinien zwischen Europa, Australien und dem Fernen Osten. Israels politische und wirtschaftliche Stärkung wäre darum eine Friedensgarantie für den Mittleren Osten. Es ist auf eine gewisse europäische Selbstgefälligkeit und Trägheit sowie auf die Abwesenheit eines einheitlichen Planes europäischer Initiative zurückzuführen, daß die kostbaren Ansätze für eine Stärkung der mittelöstlichen Stabilität ungenutzt bleiben.

Was Israels Bemühungen um die Anknüpfung europäischer Freundschaften betrifft, so erfuhr es warme, doch wenig verpflichtende Manifestationen von seiten Hollands und Belgiens. Es hat sich aber wenigstens die klar bekundete Bereitschaft Frankreichs zur Mitarbeit an der Behebung der mittelöstlichen Streitfragen sichern können. England ist viel zu sehr mit dem Erdölproblem beschäftigt, als daß es freundschaftliche Beziehungen mit Israel ins Auge fassen würde. Die Verbundenheit Israels mit den skandinavischen Ländern ist vornehmlich auf ähnlichen sozio-politischen Vorstellungen und auf der Übereinstimmung in den meisten internationalen Fragen begründet.

Jedoch hat Israel mit vielen europäischen Ländern Wirtschaftsverträge abgeschlossen. Eine natürliche Folge war zunächst einmal die in den letzten Jahren einsetzende großartige Entwicklung seiner Verkehrswege nach Europa sowohl zur See wie in der Luft. Seine durch sorgfältige Wirtschaftsplanung fortschreitende Gesundung führt zur stetig steigenden Selbstversorgung auf verschiedenen Gebieten und sogar zur Ausfuhr von überschüssigen Produkten wie Zitrusfrüchten, Textilien, Pottasche, im Lande geschliffenen Diamanten etc. Die Folge ist ein wachsendes ausländisches Vertrauen zur israelischen Wirtschaft und die steigende Bereitschaft zu industriellen Investitionen. Israel hat zum größten Teil der EFTA-Staaten Handelsbeziehungen. Es war außerdem das einzige außereuropäische Land, das zur Sitzung des Europa-Rats 1959 Beobachter sandte. Den neuesten Berichten zufolge soll nun auch die Mitgliedschaft Israels in der EWG nächstens zur Diskussion gestellt werden.

Ein Spezialgebiet bildet der rasch wachsende Touristenverkehr dar. Schon immer bestand ein reger Pilgerverkehr ins Heilige Land, der in den letzten Jahren an Intensität gewann. Er wird ergänzt durch viele Studienkommissionen und Seminargruppen aus Europa, die Interesse an den neuen Einrichtungen des Landes bekunden. Anderseits besuchen die Israelis gerne und häufig die historischen Stätten Europas. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wollte man die vielen wechselseitigen wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen aufzählen, die einen wachsenden Gedankenaustausch und eine starke gegenseitige Ideenbefruchtung zur Folge haben.

Doch reichen alle diese Verbindungen nicht aus zur Lösung der bestehenden Probleme. Israel ist durch seine Isolierung von der direkten Umgebung, den arabischen

Staaten, automatisch in die Lage eines Vorpostens Europas gedrängt worden. Umgeben von Feinden, die ihm fast täglich mit Angriffen drohen, und der Möglichkeit beraubt, irgendwie geartete Handels- oder Kulturbande mit ihnen anzuknüpfen, bleibt ihm nur eine Richtung zur Orientierung und Erweiterung seiner Interessen übrig — die Küste. Übers Mittelländische Meer spannt es seine Beziehungen.

Da Israel in der kaum zu durchschauenden, wenig einheitlichen und oft widerspruchsvollen Orientpolitik der europäischen Länder keine Friedensgarantie sieht, bleibt ihm keine andere Möglichkeit, als dauernd in Alarmbereitschaft zu sein. Seine Existenz steht und fällt mit der Ausbreitung des westlichen Gedankenguts und Ansehens im Orient. Es ist empfindlich für jede Änderung des politischen Klimas, ganz besonders in bezug auf die Politik der Westmächte gegenüber den arabischen Staaten.

Die breite Masse des Volkes teilt die intensive Beschäftigung seiner Regierung mit der Außenpolitik. Der Privatmann weiß sehr wohl, daß allein eine unter sich einige, fortschrittliche und geordnete Gesellschaft ein wirklich starkes Bollwerk gegen die Feindesmacht ringsum bilden kann.

Es soll immerhin anerkannt werden, daß von seiten der UNO und einiger europäischer Staaten bereits Versuche gemacht worden sind, um das im Mittleren Orient bestehende, teilweise sehr «irrationale» Spannungsverhältnis zu beheben — bisher ohne Erfolg. Es wäre im Interesse der westlichen Länder, diese Versuche zu wiederholen und Israels wichtige Position als Vorposten Europas zu stützen.

Hannah Petor

STRATEGISCHES WELTZENTRUM ARKTIS

Die in München im 11. Jahrgang erscheinende hochstehende Zeitschrift Wehrkunde veröffentlichte in ihrer Januarnummer 1962 einen bemerkenswerten Aufsatz von Dr. habil. Gerhard Baumann über die strategische Bedeutung der Arktis, dem wir die folgenden Auszüge und in verkleinertem Maßstab eine Karte entnehmen.

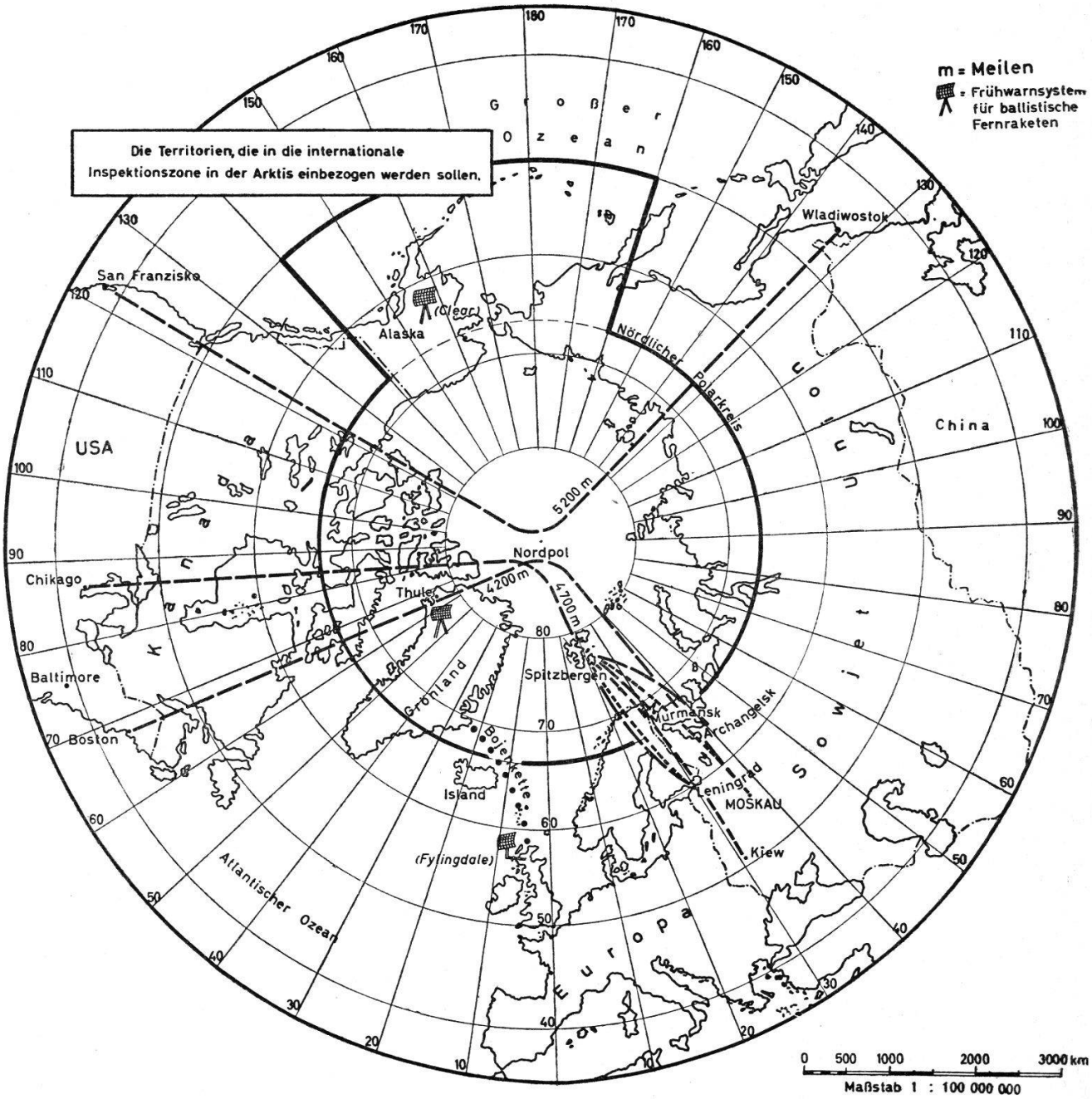
Die Redaktion

Die Entfernungen USA-UdSSR

In einem zukünftigen Krieg würde die Arktis mit Sicherheit Schauplatz entscheidender Offensiv- und Defensiv-Operationen sein, weil über dieses «Weltzentrum im Luftzeitalter» der Kampf gegen die beiderseitigen Lebenszentren der Machtblöcke geführt werden müßte. Der Grund liegt in der unbestreitbaren Tatsache, daß die USA die beiden letzten Kriege wesentlich dank ihren Reserven entschieden haben; das bedeutet, daß die Sowjets als erstes eben diese Potenzen ausschalten müssen, wenn sie siegen wollen.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die kürzesten Entfernungen zwischen den beiden Kontrahenten über den Polarkreis verlaufen. Sie betragen zwischen Wladiwostock und San Franzisko 5200 Meilen, zwischen Leningrad und Chicago 4700 Meilen, zwischen Moskau und Boston 4200 Meilen. Die Rüstungszentren beider Staaten liegen also im Bereich der gegenseitigen interkontinentalen Raketen.

Dazu kommt eine auf der Atomkraft basierende Pioniertat der Amerikaner: im Oktober 1957 kreuzte das atomgetriebene U-Boot «Nautilus» fünfeinhalb Tage unter dem Polarkreis und legte dabei 1300 Meilen zurück, ohne entdeckt zu werden. Ihm folgten bis heute drei weitere Atom-U-Boote, die am Nordpol auftauchten. Die strategische Be-



deutung dieser überwältigenden Leistung liegt darin, daß die durch das Packeis bisher nahezu unangreifbaren Nordküsten der Sowjetunion plötzlich verwundbar geworden sind. Das ist um so bedeutsamer, als die Sowjets hier eine riesige Industrie aufbauen, deren Unverletzlichkeit für sie schon heute zu einer Existenzfrage geworden ist. Vom Packeisrand bei Spitzbergen beträgt die Entfernung bis nach Murmansk 400, nach Archangelsk 800, nach Leningrad 1180, nach Moskau 1420, nach Kiew 1780 Meilen — Weiten also, die für die modernen Raketen kein Problem mehr darstellen.

Die klimatischen Verhältnisse

Da die polaren Gebiete Sibiriens, Alaskas und Kanadas über die Hälfte des Jahres mit

Schnee und Eis bedeckt sind und eine Temperatur von 45 Grad und darunter herrscht, ist eine dauernde Existenz von Menschen und damit eine wirtschaftliche Nutzung unmöglich. Lediglich die Barentsee wird noch von den Ausläufern des Golfstromes erreicht und hält den Hafen Murmansk für mehrere Monate eisfrei. Aus wirtschaftlichen wie militärischen Gründen wird dabei seitens der UdSSR und den USA alles getan, um die klimatischen Verhältnisse zu erforschen und durch Eingriffe in die Natur die Gebiete zu erschließen. Daß alle diese Anstrengungen Erfolg haben, zeigt sich darin, daß jetzt nördlich des 62. Breitengrades in der sowjetischen Arktis über eine Million Menschen wohnen, während es in Alaska 100 000 sind. Wenn das Ergebnis auf sowjetischer Seite größer ist, so liegt das am totalen Befehlsstaat, der die Menschen, ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen, dorthin dirigieren kann, wo es ihm vorteilhaft erscheint.

Zwei Momente, die sich aus den klimatischen Verhältnissen ergeben, sind für die strategische Beurteilung wichtig: nicht alle Bewohner Sibiriens sind zwangsweise dorthin gekommen; in vielen lebt ein Pioniergeist, der sie, in Verbindung mit den rauhen Verhältnissen, zu harten und wesentlich freieren Menschen geprägt hat als die Bevölkerung Zentralrußlands.

Anderseits bestehen die militärischen Einheiten der sowjetischen Arktis fast ausschließlich aus zeitweilig dorthin kommandierten, also nicht dort geborenen Soldaten, das heißt sie haben in der Arktis keine Wurzel gefaßt und beabsichtigen dies auch nicht. Sie empfinden die klimatischen und sonstigen Lebensbedingungen wesentlich härter und ertragen sie deshalb auch schwerer.

Zwecks Klimaänderungen haben die Sowjets Pläne entworfen und teilweise schon in Angriff genommen, die nach erfolgter Durchführung alle zivilisatorischen Bedürfnisse um ein Mehrfaches übersteigen. Alle Projekte hängen mit der Erschließung der Bodenschätze, der Öffnung neuer Verkehrswege und strategischen Überlegungen zusammen. Sie können erst in Jahrzehnten restlos bewältigt werden, sind jedoch, angesichts der vorhandenen technischen Möglichkeiten, keineswegs Utopie. Teils projektiert, teils im Bau, teils bereits fertiggestellt sind Wasserkraftwerke, deren Energieerzeugung entscheidend dazu beitragen soll, das Klima zu besiegen. Daneben stehen zwei Projekte, die zu einer radikalen Änderung der natürlichen Verhältnisse führen müssen. Der eine Plan will die bisher in das Karische Meer fließenden Wassermassen des Ob und des Jenissey durch Staudämme auffangen und die so gebildeten Seen durch einen 300 m breiten, 20 m tiefen und 930 km langen Kanal mit dem Aralsee und dem Kaspischen Meer verbinden. Die Luft nähme eine so beträchtliche Feuchtigkeit auf, daß sich die Temperatur Sibiriens bis zur Bewohnbarkeit steigern ließe. Das zweite Vorhaben will in der Beringstraße einen Staudamm errichten und das Polareis in der Weise abschmelzen, daß mit Hilfe von Atomkraftwerken kaltes Wasser aus dem Nordmeer heraus und warmes Wasser aus dem Pazifik in die Beringsee hineingepumpt würde. Damit dürfte die Durchschnittstemperatur am Nordpol um etwa 15 Grad ansteigen und die Flüsse Sibiriens, Alaskas und Kanadas sowie die Nordmeerroute würden das ganze Jahr schiffbar.

Bodenschätze und Verkehrserschließung

Die Triebfeder aller dieser Anstrengungen, die vornehmlich von der Sowjetunion ausgehen, liegt in den riesigen Bodenschätzen Sibiriens und in dem Versuch, die bisher unfruchtbaren Gebiete nutzbar zu machen. Hand in Hand damit geht der Aufbau einer großen Industrie und die Erschließung durch neue Verkehrswege; sie bilden wiederum die Grundlage für strategische Planungen, die auf sowjetischer und amerikanischer Seite am weitesten von allen Projekten vorangetrieben werden.

Für den schnellen Ausbau der Verkehrswege bilden offensichtlich logistische Erfordernisse und die Koordinierung militärischer Operationen eine Hauptrolle. Der militärisch wie wirtschaftlich wichtigste Weg ist die Nordmeerroute von Murmansk bis zum Fernen Osten. Heute haben die Sowjets die-

sen Seeweg soweit erforscht und ausgebaut, daß ihre Admiralität verhältnismäßig schnell die Eismeer- und die Pazifikflotte vereinigen kann und schließlich gemeinsame Operationen im Stillen und Atlantischen Ozean ermöglicht werden.

Noch gewichtiger ist das System der Binnenwasserstraßen, das die Arktis praktisch mit allen Punkten des Landes und den an die Sowjetunion grenzenden Ozeanen verbindet. Die Gesamtlänge dieser Wege betrug 1960 über 137 000 km, davon sind 13 000 km künstliche Kanäle. Durch den Ausbau dieser Binnenwasserstraßen gewinnt die Arktis als strategische Basis einen Rückhalt, der ihre Bedeutung soweit steigert, daß sie keineswegs mehr als eine Art Außenfort angesehen werden kann. Zwar liegen die vier sowjetischen Flotten — die baltische, die Nordmeer-, die Schwarzmeer- und die Fernostflotte — sehr weit auseinander. Aber gerade aus diesem Grund wird das Wasserstraßennetz ausbeziehungsweise neugebaut, um ein Zusammenspiel der Flottenoperationen zu ermöglichen.

Die Streitkräfte

In der sowjetischen Arktis sollen 35 Divisionen stehen, und zwar Spezialeinheiten, die für einen Krieg unter den dort herrschenden außergewöhnlichen Bedingungen ausgebildet sind. Auf amerikanischer Seite stehen in Alaska eine nicht vollständige Infanteriedivision, eine Flakdivision und 2 Eskimo-Aufklärungsbataillone der Nationalgarde von Alaska. An der norwegisch-sowjetischen Grenze stehen den 8 Sowjet-Divisionen im Distrikt Murmansk 8 norwegische Kompagnien im Distrikt Kirkenes gegenüber.

Am wenigsten zuverlässig sind die Angaben über die Stärke der Luft- und Raketenwaffe sowie über die Flugplätze und Abschußrampen der Sowjets in der Arktis. Wie die USA verfügen auch die Sowjets über ein strategisches Bomberkommando mit Hauptquartier in Moskau, das zwischen Murmansk und Anadyr über 25 arktische Flugplätze verfügt.

Der Schwerpunkt der sowjetischen Rüstung liegt auf der Raketenentwicklung. Bevorzugte Standorte hiefür wie für die Anlage von Abschußrampen finden sich innerhalb oder doch in der Nähe des Polarkreises.

Das amerikanische strategische Bomberkommando ist 230 000 Mann stark und verfügt über 2000 Bomber, von denen sich ständig 600 in der Luft befinden. Um die amerikanischen Positionen gegen einen Angriff aus der Arktis zu stärken, schlossen die USA und Kanada 1958 ein Luftabwehrabkommen, durch das die Anlage von Raketenbasen und die Stationierung von Kernwaffen ermöglicht wurde.

Das maritime Schwergewicht liegt in der Arktis eindeutig bei den U-Booten. Wenn auch die Angaben über die Stärke der Kriegsmarine der Sowjets in der Arktis stark auseinanderfallen, so geht doch zweifellos von der Nordmeerflotte eine Gefährdung aus, die nicht unterschätzt werden sollte. Anderseits stellt die amerikanische maritime Potenz ein Gewicht dar, das höher ist als das sowjetische. Die im Entstehen begriffene Flotte atomarer U-Boote der USA strahlt eine gewaltige Abschreckungskraft aus, zumal es unmöglich ist, sie selbst bei einem Überraschungsschlag auszuschalten.

Schon vor mehreren Jahren bauten die USA gemeinsam mit Kanada ein Radar-Warnsystem mit 60 Stationen auf, das auf die Erfassung anfliegender Bombereinheiten über dem Polargebiet eingestellt war. Auf Grund der raschen Raketenentwicklung mußte eine stärkere und weiter nach Norden vorgeschobene Linie aufgebaut werden, die nur noch drei Stationen, allerdings von geradezu gigantischen Ausmaßen umfaßt: eine auf Grönland, 20 km nördlich von Thule, eine zweite bei Clear in Alaska und die dritte bei Fylingdale in Schottland. Das System dürfte nach etwa drei Jahren durch ein System von Satelliten abgelöst werden. Dazu kommen Radar-Aufklärungsflugzeuge (im Bau), die von Flugzeugträgern aus gestartet werden. Zur Warnung vor U-Booten aus der Arktis soll zwischen Grönland und den britischen Inseln als automatischer Zaun eine 4000 km lange Bojenkette gelegt werden.

Aufruf zur wirtschaftlichen Selbstdisziplin

Es gehört zu den merkwürdigen Paradoxien unserer Zeit, daß in einer Epoche, da der überwiegende Teil der Weltbevölkerung noch um die Stabilisierung seines materiellen Existenzminimums ringt, die hochindustrialisierten Staaten des freiheitlichen Lagers größte Mühe bekunden, mit den besonderen Problemen einer ungeahnten Hochkonjunktur fertig zu werden. Zugleich zeigt sich hier, daß jede Periode ihre eigenen spezifischen Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik hat. Europa wurde 1939 in den großen Weltkrieg hineingerissen, als die Krise am Ausklingen war. Aber die Besserung war von vielen als bloße Begleiterscheinung der Rüstungsvorbereitungen gedeutet worden. Am Ende des Kriegs glaubte man darum fast allgemein, das Hauptproblem der Zukunft werde weiterhin die Vollbeschäftigung sein — um nach wenigen Jahren zu erkennen, daß genau das Gegenteil eintrat. Soweit man in einer Phase genereller Prosperität von Krisensymptomen sprechen kann, sind sie heute zu einem wesentlichen Teil die unmittelbare Folge eines ausgetrockneten Arbeitsmarktes und der daraus notwendig resultierenden Lohnspirale.

Die hier angeschnittene Problematik bildete in den letzten Wochen unter dem Stichwort «Schach der Teuerung» ein Hauptthema der innenpolitischen Diskussion. Die Konjunkturüberhitzung, wie sie sich im Anstieg der Zahl kontrollpflichtiger ausländischer Arbeitskräfte auf rund 550 000, im bedenklich hohen Defizit der Handelsbilanz von 2,8 Milliarden Franken im Jahre 1961 oder in der Ausdehnung der Bauvorhaben von 5096 Millionen im Jahre 1959 auf 8063 Millionen Franken im vergangenen Jahr nachdrücklich manifestiert, eröffnet in der Tat wenig erfreuliche Aussichten. Wenn die Expansion im bisherigen Tempo weitergeht, so stellt sich das Problem der Überfremdung künftig noch in verschärftem Ausmaß, da der Bestand an ausländischen Hilfskräften erneut vermehrt werden müßte. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit den ständigen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen wirkt sich immer stärker inflatorisch aus. Und die ungesunde Situation auf dem Kapitalmarkt mit der Verdeckung der gewaltigen Investitionstätigkeit und des Defizits in der Handelsbilanz durch den ungewöhnlich hohen Zufluß an ausländischem Geld wird von verantwortungsbewußten Wirtschaftsexperten mit Recht als wenig vertrauenswürdig bezeichnet. Alle diese Faktoren können zu einer verschlechterten Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft führen. Das ist gerade in einem Zeitpunkt, da eine zeitweilige Benachteiligung unserer Exportindustrie im Raum der EWG als konkrete Möglichkeit ins Auge gefaßt werden muß, von besonderer Tragweite.

Was bleibt zu tun?

In dieser angespannten Lage haben sich die Spitzenverbände der Wirtschaft Ende Januar mit einer Erklärung zur Konjunkturlage zum Wort gemeldet. Sie mahnen eindringlich zur Selbstdisziplin. Investitionen sollten nur zu Zwecken der Rationalisierung, des technischen Fortschritts oder der Forschung vorgenommen werden. Die Auslandinvestitionen und die Kapitaleinfuhr wären zur Entlastung des Marktes zu verstärken. Der gegenseitigen Abwerbung von Arbeitskräften sollte Einhalt geboten und die Lohnspirale gedämpft werden. Ferner müßten Preisstillhalteabkommen angestrebt und weitere Arbeitszeitverkürzungen vermieden werden. Das Echo auf diesen geradezu beschwörenden Appell ist, soweit sich dies schon abschätzen läßt, unterschiedlich. Der Aufruf zur Preisdisziplin ist nicht auf taube Ohren gestoßen. Und der Hinweis auf die kostenverteuernden Folgen der Arbeitszeitverkürzungen mag dazu beigetragen haben, daß der Nationalrat bei der Beratung des Arbeitsgesetzes in der Märzsession sich in diesem Punkt, allerdings mit knappster Mehrheit, einige Zurückhaltung auferlegt hat. Hinge-

gen wurden jene enttäuscht, die auf entsprechende Erklärungen von Arbeitnehmerseite gehofft hatten. Hier mag weniger eine Differenz in der Diagnose, als eine unterschiedliche Auffassung in bezug auf die Art der Maßnahmen den Ausschlag geben. Es scheint, daß sich vor allem die Gewerkschaften von staatlichen Interventionen mehr versprechen würden. An der freien Wirtschaft ist es nun, die Herausforderung anzunehmen und mit freiwilligen Maßnahmen zu beweisen, daß sie ohne staatlichen Zwang in der Lage ist, ihr vielgerügtes «organisiertes Gewinnstreben» dem Gesamtinteresse des Volkes unterzuordnen.

Die Kehrseite

Eine wirksame Dämpfung der Konjunktur bestünde also in erster Linie in einer sorgfältigen Überprüfung aller Investitions- und Bauvorhaben nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im staatlichen Bereich. Man wird indessen das Gefühl nicht los, daß es sich dabei fast um die Lösung der Quadratur des Zirkels handelt. Gerade die öffentliche Hand kann ihre Programme nicht leicht beschneiden. Wenn heute zum Beispiel von verschiedenen Seiten die Verschiebung des Baus von Schwimmbädern und andern Sportanlagen aus konjunkturpolitischen Gründen angestrebt wird, so wird man bei allem Verständnis für die echte Sorge, die dahintersteht, nicht übersehen dürfen, daß die meisten unserer Städte und Gemeinden gerade auf diesem Gebiet stark im Rückstand sind. Anderseits wird die Vermehrung dieser Tummelplätze einer rasch wachsenden Stadtbevölkerung nicht allein aus volksgesundheitlichen Gründen, sondern auch im Zusammenhang mit der Freizeitproblematik ein immer dringenderes Bedürfnis. Auch die Verkehrssanierung vor allem der städtischen Siedlungen, die ungeheure Investitionen erfordert, läßt sich keinesfalls weiter aufschieben. Daneben werden im Gefolge der Industrialisierung neue Aufwendungen nötig. Die Verunreinigung der Gewässer zum Beispiel entwickelt sich rasch zu einem Notstand von nationaler Tragweite. Wenn man aus Biberist und Balsthal vernimmt, daß die beiden dort ansässigen Papierfabriken in beispielhafter Weise die Reinigung ihrer Abwässer in die Wege leiten wollen und dabei mehrere Millionen Franken investieren müssen, so läßt sich leicht abschätzen, daß hier eine unaufschiebbare Riesenaufgabe für Staat und Wirtschaft vorliegt, die alles andere denn konjunkturdämpfend sein wird.

Eine Frage der Solidarität

Die Schwierigkeiten, die unserem Land aus einem Übermaß an wirtschaftlicher Prosperität erstehen, lassen uns leicht darüber hinwegsehen, daß es nach wie vor Minderheiten gibt, die weiterhin mit den sozusagen klassischen Sorgen und Nöten belastet sind und diese angesichts der Boomstimmung in den übrigen Gebieten und Schichten noch besonders schmerzlich empfinden. Neben der Bauernschaft ist es die Bergbevölkerung im allgemeinen, die sich ohne eigenes Verschulden kaum mehr zu helfen weiß. Die Problematik besteht vor allem darin, diese Bevölkerungskreise ebenfalls am Wohlstand der Industriegesellschaft teilnehmen zu lassen, ohne dabei einer Entleerung der Gebirgstäler Vorschub zu leisten. Wenn heute im Zeichen des Mangels an Arbeitskräften die Fragen der beruflichen Ausbildung von talentierten Bergkindern plötzlich stark in den Vordergrund gestellt werden und damit eine staatspolitisch bedeutsame Aufgabe der Lösung näher gebracht wird, die bisher unter dem bloßen Stichwort der Solidarität nicht befriedigend zu bewältigen war, dann ist es besonders wichtig, daß dieser doppelte Aspekt des Problems ständig im Blickfeld bleibt. Wenn die Bergbevölkerung als bloße Reserve von Arbeitskräften und Talenten betrachtet und entsprechend behandelt wird, dann sind ihre eigentlichen Probleme nur zum geringen Teil gelöst.

In jedem Fall aber spielt eine systematischere Ausbildungshilfe eine wesentliche Rolle. Hier darf mit Nachdruck auf die Tätigkeit der *Pestalozzistiftung für die Förderung und Ausbildung Jugendlicher aus schweizerischen Berggegenden* mit Sitz in Zürich hingewiesen

werden. Sie wurde im Frühjahr 1961 gegründet und steht unter dem Präsidium von alt Bundesrat Dr. H. Streuli. Ihre Hauptsorge ist vorläufig die Beschaffung ausreichender Mittel. Aus Industrie und Wirtschaftsverbänden wurde ihr einige Unterstützung zugebilligt. Es hält aber offensichtlich schwer, den glücklicheren Bewohnern der Städte klarzumachen, daß es doch wohl ihre freundeidgenössische Pflicht und Schuldigkeit wäre, Solidarität zu üben und ihr Scherflein beizusteuern. Jedenfalls muß eine hoffentlich nicht endgültige Stellungnahme des Schweizerischen Städteverbandes zu einem Beitragsgesuch der Stiftung, wonach die Finanzierung dieser Aufgabe grundsätzlich private Sache sei, so gedeutet werden. Nachdem verschiedene Stadtparlamente immer wieder in erfreulicher Spontaneität einzelne Sammelaktionen mit namhaften Zuschüssen bedacht haben, ist doch wohl nicht recht einzusehen, warum die Städte einem Solidaritätsakt von anerkanntermaßen nationaler Bedeutung ihre Unterstützung versagen sollten.

Verfrühter Grabgesang

Seitdem sich Großbritannien um die Aufnahme in die EWG bemüht, ist es um die EFTA recht still geworden. Selbst in einzelnen Mitgliedstaaten sind Stimmen laut geworden, die von einer Fehlkonstruktion sprechen und sich so im Hinblick auf künftige Verhandlungen die Gunst der EWG-Bürokratie zu erobern hoffen. Eine kurze Meldung in der ersten Märzwoche, die im Getriebe um die Konferenzen von Evian und Genf fast unbemerkt geblieben ist, stellt indessen deutlich unter Beweis, daß die EFTA noch kräftig am Leben ist und ihre ursprüngliche Zielsetzung, die europäischen Nichtmitglieder der EWG auf eine gemeinsame Zollpolitik festzulegen und so den Folgen der Diskriminierung zu begegnen, nach wie vor erfüllt. Am 1. März ist nämlich innerhalb der EFTA eine weitere zehnprozentige Zollsenkung in Kraft getreten. Damit hat die Europäische Freihandelsassoziation einen Abbau von vierzig Prozent erreicht und mit der EWG gleichgezogen. Auf diese Weise ist der ursprüngliche Zeitplan der Stockholmer Konferenz um mehr als ein Jahr unterboten worden. Diese Tatsache zeigt, wie wertvoll die Organisation bei fortdauernder Solidarität der Mitgliedstaaten sein kann, solange der Brückenschlag zwischen den beiden Staatengruppen nicht festere Formen annimmt.

Unangemessene Empfindlichkeit

Ein prominenter Vertreter des Aktionskomitees für die Atominitiative, deren substantielle Problematik in einem besonderen Aufsatz des letzten Heftes von kompetenter Seite dargestellt worden ist, hat kürzlich an einer Pressekonferenz seiner Erbitterung über die Anfechtungen Ausdruck gegeben, denen sich die Befürworter des generellen Verbots der Atomwaffen ausgesetzt sehen. Diese Empfindlichkeit ist in jeder Beziehung fehl am Platz. Die politische Arena ist kein akademisches Seminar. Und wenn man bedenkt, daß es hier um eine mit der Staatsmaxime der bewaffneten Neutralität und damit offenkundig mit dem Schicksal unseres Gemeinwesens aufs engste verbundene Frage geht, und wenn man sich ferner vergegenwärtigt, daß die Vertreter eines integralen Verbots wohl oder übel die Unterstützung der Statthalter Moskaus genießen, dann darf man feststellen, daß die Abstimmungskampagne in würdiger Form verläuft. Die Klage des betreffenden Votanten wird allerdings verständlicher, wenn man sie mit seiner andern Bemerkung in Verbindung bringt, in der er dem Erstaunen darüber Ausdruck gibt, daß die Argumente aus den wissenschaftlichen Kreisen der Theologie und Physik nicht ernster genommen werden. Von hier aus wird klar, warum es so schwer ist, über diese Frage einen echten Dialog zu führen. Es stehen sich zwei grundsätzlich verschiedene Betrachtungsweisen gegenüber. Auf der einen Seite glauben Wissenschafter auf Grund der genauen Kenntnis eines Teilaspekts des Problems die Legitimität zu besitzen, um Volk und Regierung einen sachlich fundierten Ratschlag geben zu können. Auf der andern Seite stehen jene, die überzeugt sind, daß hier nicht nur ein physika-

lisch-moralisches, sondern ein in diesem Zusammenhang umfassenderes *politisches* Problem zur Diskussion steht. Es geht darum, die Frage im Rahmen einer Verteidigungskonzeption zu betrachten, die von jeher einzig und allein den Zweck hatte, unsere Unabhängigkeit vor Angriffen zu schützen und damit einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten. Auch der Strategie des Kleinstaats im schweizerischen Sinn liegt das Prinzip der Abschreckung zugrunde. Darum ist die Forderung, ohne äußeren Anlaß eine Art verbindlichen Blankoverzichts zu leisten, sehr problematisch. Sie erscheint um so fragwürdiger, als sich das Problem der Atombewaffnung vorläufig gar nicht konkret stellt.

Spectator

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Jahresschlußartikel

In die Berichtsperiode von Dez. 1961 bis Febr. 1962 fällt der Jahreswechsel. Da das abgelaufene Jahr mit seiner Hochkonjunktur besonders reich an ökonomischen Geschehnissen gewesen ist, stand auch der Wirtschaftspresse ungewöhnlich viel Stoff für ihre Rückschau auf 1961 und den Ausblick in die Zukunft zur Verfügung. An die Spitze derartiger *Jahresschlußartikel* ist der stets im späten Herbst fällige und mit Spannung erwartete Bericht des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins über «Handel und Industrie der Schweiz», diesmal im Jahre 1960, zu stellen; er liefert vollständiges Material über das schweizerische Wirtschaftsleben in handelsstatistischer Dokumentation und läßt in seiner auch von der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ») am 4. 1. wiedergegebenen Darstellung über die Probleme der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die gewandte und kämpferische Feder des neuen Sekretärs im Vorort, Dr. Gerhard Winterberger, erkennen. Im übrigen sind die Betrachtungen zum Jahresende in den «Wochenberichten» 49 bis 51 des Zürcher Bankhauses Bär und im «Bulletin» Nr. 4 der Schweizerischen Kreditanstalt, ferner die Broschüre: «Das Wirtschaftsjahr 1961», verfaßt von der Schweizerischen Bankgesellschaft, das «Jahreszirkular 1961» des Bankhauses Rahn und Bodmer und der «Rückblick und Ausblick» von H. Hugentobler (Zürich) in Heft 51/52 der «SAZ» eines Studiums wert.

Internationale Wirtschaftsprobleme

In Erwartung der Ergebnisse aus den bereits eingeleiteten oder noch bevorstehenden Verhandlungen über einen Anschluß an die EWG herrscht in den ökonomischen Zeitschriften bezüglich der *europäischen Integration* im allgemeinen Zurückhaltung, die nur wenig durch Spekulationen über die zukünftige Entwicklung durchbrochen wird. Dem Leser, dem es um einen Überblick über den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Einigungsbestrebungen zu tun ist, wäre es in erster Linie zu empfehlen, Einsicht in die Nr. 4 der «Revue Economique Franco-Suisse» und in des vom Verlage Dr. Hans Frey (Affoltern a. A.) herausgegebene «Schweizer Journal», Heft 2 von 1961, zu nehmen. Auch orientiert der Vortrag des deutschen Ministers Professor Dr. Erhard in St. Gallen am 15. 1. (vgl. «NZZ», Nr. 15) und ein Artikel aus der Feder des Direktors im Schweizerischen Bauernverband, René Juri: «Die Landwirtschaft und die europäische Wirtschafts-Integration...» aus der «Agrarpolitischen Revue», Heft 3/4, über die in Rede stehenden Probleme.

Seit der vom Präsidenten Kennedy erst-

malig am 6. Dez. angeregten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Amerika und der EWG hat sich der Akzent rasch von der europäischen Integration zur *atlantischen Gemeinschaft* verschoben. Zu diesem neuen Ziel lassen sich der dabei in höchstem Grade interessierte «Economist» am 9. 12. und 27. 1., die Wiener «Industrie» am 22. 12. und das New Yorker Wirtschaftsmagazin «Challenge» in seiner Dez.-Ausgabe vernehmen. «Von der Sechser-Gemeinschaft zu weltweiten Aufgaben» spricht der Hamburger «Wirtschaftsdienst» im Februar.

Daß die *OECD* der Schweiz «ein gutes Zeugnis ausstellt», vermerkt die «Schweizerische Handelszeitung» («SHZ») am 14. 12. mit Befriedigung. Über «die Versicherung in der europäischen Integration unter Berücksichtigung des Liberalisierungskodex der OEEC» verbreitet sich Dr. H. Lorenz-Liburnau (Wien) in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» vom Jan. — Dr. H. Fraenkel (Zürich) schildert in «Finanz und Wirtschaft» (FuW») vom 4. 1. die Suche des «anämischen» *GATT* nach neuen Methoden freiheitlicher Wirtschaftsgesetzgebung. Auch die Wiener «Industrie» behandelt am 2. 2. die «neuen Wege», die das GATT zu beschreiben im Begriffe ist. In der Monatszeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Dez. beantwortet Ministerialrat Dr. Horn die Frage, warum es so schwierig ist, im GATT mit der EWG über Zölle zu verhandeln. Der «Suisse Horlogère» mißfällt es am 14. 12., daß «das GATT sich dem vollen Beitritt der Schweiz widersetzt». — Internationalen Problemen der *Konjunktur*beeinflussung widmen der «Wochenbericht» von Bär am 26. 1. und der bekannte deutsche Publizist Dr. Herbert Groß (Düsseldorf) in «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung» vom Febr. ihre Beachtung. — In Fragen des *Geld- und Kapitalmarktes* sind instruktiv die Ausführungen von Staatsminister a. D. Dr. Rudolf Zorn (München) über die «private Vermögensbildung als Bollwerk gegen den Kollektivismus» in der Frankfurter «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») vom 1. 1. und im «Wochenbericht» Nr. 5 (8. 2.) von Bär über «den Devisen-Terminmarkt». Die «Neuen Finanzbriefe» vom 12. 1. prüfen die «Vorzüge des bekannten Jacobsen-Planes», und das «Internationale Gewerbearchiv» behandelt im Dez. «die Kreditversorgung des Gewerbes». — Bezüglich *sozialpolitischer Probleme* wartet der «Rheinische Merkur» in seiner Nr. 48 mit einem Artikel von Professor Emil Küng (St. Gallen) über «spekulative Lohnpolitik» auf. — *Endlich* findet man im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Nr. 12, eine Reihe von Abhandlungen zu den Aufgaben der Public Relations und in der «Wirtschaftsrevue» (die früher «Schweizerische Wirtschaftszeitung» firmiert wurde) im Febr. einen gehaltvollen Artikel des Genfer Professors Dr. Wilhelm Röpke: «Partner von morgen.» Mit gewohnter Akribie untersucht die «Weltwirtschaft» aus dem Kieler Institut im Dez. vor allem «die internationale Wirtschaftslage». In der «Industriellen Forschung» (Verlag Die Wirtschaft AG. in Zürich) wird man über die friedliche Verwendung der Atomenergie im Dezember/Januarheft aufgeklärt.

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

Die *konjunkturelle Entwicklung* und der Preisanstieg in der Schweiz bereitet den Wirtschaftszeitschriften erhebliche Sorge. In dieser Richtung wird von der «Agrarpolitischen Revue», Heft 3/4, die Adresse als «rechtes Wort zur rechten Zeit» gewertet, die Bundesrat von Moos bei der Eröffnung der letzten OLMA an seine Zuhörerschaft gerichtet hat. Auch der Radiovortrag des Wirtschaftsredaktors in der «NZZ», Dr. F. Aschinger, schlägt am 14. 12. in dieselbe Kerbe (vgl. «NZZ», Nr. 349 vom 20. 12.). Die Wiener «Industrie» läßt sich am 19. 1. aus Bern über «den Kampf der Schweiz gegen den Kostenauftrieb» informieren. Die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» veröffentlicht am 27. 1. die mahnende «Erklärung der wirtschaftlichen Spitzenverbände zur Konjunkturlage». Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» spricht im Jan. von «konjunkturellem Unbehagen», und die «SHZ» betitelt am 1. 2. die verschiedenen Appelle zur Zurückhaltung «wohlbegrün-

det». In ähnlichem Sinne äußert sich die «SHZ» am 15. 2. Über die «Begrenzung der Expansion durch Mangel an Arbeitskräften», führt und publiziert «Wirtschafts-Dienst — Betriebsführung» im Dez. ein Gespräch mit dem Direktionspräsidenten der Zellweger AG., Dr. Benno Bissig. Der amtlichen «Volkswirtschaft» entnehmen wir im Dez. den provisorischen Bericht über die Ergebnisse der Fabrikstatistik vom 14. 9. 1961, und ihrem Februarheft ist die Mitteilung Nr. 151 der Kommission für Konjunkturbeobachtung über «die Wirtschaftslage im 4. Quartal 1961 beigefügt. — Im Fache des *Außenhandels* erfreut uns wieder das Heft III/IV der «Außenwirtschaft», das sich in Beiträgen der berufensten Autoren mit der «Schweizerischen Zollpolitik in der neuen Integrationsperiode» befaßt. Die «SHZ» vom 21. 12. belegt die These, daß «noch keine Verlagerung der Handelsströme» im Güteraustausch mit der Welt sich eingestellt hat. Die wesentlichsten Merkmale «des Außenhandels der Schweiz im Jahre 1961» werden von «FuW» am 7. 2. beleuchtet. Die «SHZ» bezeichnet am 1. 3. die Passivierung der Schweizer Handels- und Ertragsbilanz als «Sensation im Außenhandel». — Bezüglich *sozialpolitischer Angelegenheiten* notiert die «SHZ» am 11. 1., daß eine «Krise um das neue Arbeitsgesetz» ausgebrochen ist. Ihren Leitartikel nennt die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» am 6. 1.: «Arbeitermangel und Arbeitszeitverkürzung.» Die akuten Probleme um die «Arbeitskräfte in der Schweizer Industrie» erörtert die «SAZ» am 14. 12. und 11. 1. Es lohnt sich, im «Wochenbericht» von Bär am 26. 1. die Gedanken über «Zauberkunststücke bei Unterbeschäftigung» zu verfolgen. In der «SAZ» finden wir am 22. 2. eine Charakterisierung «des Entwurfes zu einem eidgenössischen Arbeitsgesetz nach Abschluß der Arbeiten in der Kommission des Nationalrates», und Nationalrat Dr. Häberlin leitet die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» im Febr. mit einem Artikel über «Schwarzarbeit» ein. — Was den Stoff der *Finanzen und Steuern* angeht, so läßt sich die Stimme der «Steuer-Revue» im Dez. zu der Frage der «Liquidationsgewinnsteuer in Grenzfällen» und im Jan. zu «Bundeshaushalt und Konjunktur» hören. Der Frankfurter «Volkswirt» charakterisiert am 20. 1. die Schweizer Kapitalmarktpolitik als «umstritten», und die «SHZ» interpretiert am 8. 2. «die Auswirkungen der Wehrsteuerermäßigung». — *Schließlich* veröffentlichen die Privatdozenten Dr. Hardi Fischer und Hermine Weidmann (Zürich) in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom Dez. eingehende Untersuchungen über den Stoff: «Deutsche, Franzosen, Italiener und Österreicher in der Sicht junger Schweizer.» Wie immer so hat auch in der Berichtszeit das «Archiv für Schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» erschöpfendes und übersichtlich geordnetes Material zu den ökonomischen Problemen des Landes geliefert. Nationalrat Dr. Häberlin wirft in der «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» vom Dez. einen Rückblick auf 20jährige erfolgreiche Arbeit als Redaktor seines angesehenen Blattes. Über «die Entwicklung der Baukosten» erfährt man aus den «Wirtschaftsnotizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Jan. wichtige Informationen.

Notizen aus Gebieten politischen und ökonomischen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa:* Für die «Erhaltung der Leistungskraft in der *deutschen* Volkswirtschaft» stellt Bundesminister Professor Erhard im Düsseldorfer «Industriekurier» vom 12. 12. Leitsätze auf, die auch in anderen Staaten interessieren dürften. Die Leser der «NZZ», Nr. 26 vom 28. 1., werden aus Bonn von der Lage «der deutschen Wirtschaft im Zeichen der Entspannung» ins Bild gesetzt. — Der «Wochenbericht» Nr. 48 von Bär äußert sich über «das *französische* Wirtschaftswunder». — Die Wiener «Industrie» spricht am 12. 1. in einem Korrespondentenbericht aus London vom «berechtigten Optimismus» in der Wirtschaft *Großbritanniens*. «FuW» verweist dagegen am 3. 2. auf den «schrumpfenden Sterling-Block-Export». Am 17. 2. erörtert sie «Wirtschaft und Kapitalmarkt in England». — Vom gleichen Presseorgan werden

am 10. 2. «die Folgen der Linksschwenkung in Rom für die *italienische* Wirtschaft» als nicht bedrohlich betrachtet. Dr. Livio Magnani stellt in der «SAZ» am 18. 1. die Merkmale für «Italiens Arbeitsmarkt und Lohnniveau 1961» zusammen. — Aus der Region der *nordischen Staaten* wird die *finnische* Metall- und Maschinenproduktion in der Wiener «Industrie» vom 22. 12. als leistungsfähig beurteilt. Die «*schwedische* Geldpolitik» bildet das Objekt eines Artikels von Dr. Axel v. Gadolin (Helsinki) in «Kreditwesen» vom 1. 2. — Auch in diesem «Querschnitt» haben wir wieder die Zuverlässigkeit und Vollständigkeit zu loben, mit denen die «Informationen aus *Österreich*» über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in ihrer Heimat Bescheid geben. Das österreichische «Wirtschaftswachstum wird langsamer», das muß die Wiener «Industrie» am 5. 1. bekennen. Einen «Umbruch in Österreichs Gewerkschaften» hält der deutsche «Arbeitgeber» am 20. 1. für möglich. — Mit «*Portugals* wirtschaftlichen Schwierigkeiten» beschäftigt sich die Wiener «Industrie» am 16. 2. — Über «*Spaniens* Wirtschaftsprobleme beim Anschluß an die EWG» läßt sich Hans-Otto Glahn (Madrid) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Jan. vernehmen.

2. *Aus der übrigen Welt:* Über «*Australien* im Schatten der Neuguinea-Krise» stellt «FuW» am 24. 1. Betrachtungen an.

Im amerikanischen Wirtschaftsmagazin «Challenge» (Februar) schreibt der frühere *argentinische* Wirtschaftsminister Roberto T. Alemann vom Wiederaufbau seines Landes. — Die gleiche Monatszeitschrift betont im Jan., daß «*Indien* einer freien Ökonomie bedürfe». — Der Korrespondent der «NZZ» in Léopoldville verständigt sein Blatt am 4. 1. (in Nr. 2) von «der Inflation im *Kongo*». — Seit Sept. 1961 erscheint als «Brücke zwischen *Korea* und der Welt» in Seoul monatlich das «Korea Journal», das auch wirtschaftliche Nachrichten aus seinem Lande enthält. — Im «Economist» vom 2. 12. liest man umfängliche Rapporte über Politik und Wirtschaft in *Pakistan*. — Dr. Wolf Donner schildert auf Grund seiner Erfahrungen anläßlich einer Informationsreise die «Entwicklungsprobleme der *Türkei*» in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Dez.

Wirtschaftsinformationen über die USA

Dr. D. M. Keezer führt mit einem Aufsatz: *Die amerikanische Wirtschaft von 1961 bis 1975* im Dez. seine Studien über die voraussichtliche langfristige Wirtschaftsentwicklung der USA in der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» (der heutigen «Wirtschaftsrevue») fort. In ihrem Leitartikel vom 15. 1. verneint «Kreditwesen» die Frage, ob «Amerika es besser hat» als andere Kontinente. Die bekannten Botschaften Kennedys aus dem Jan. an den Kongreß werden in «La Suisse Horlogère» am 18. und der «NZZ» am 24. 1. (Nr. 22) unter die Lupe genommen. Interventionen auf den internationalen Devisenmärkten zur «Verteidigung für den Dollar» finden die Aufmerksamkeit des «Economist» am 10. 2. — Die «SHZ» vom 18. 1. betont, daß «*Amerikas Handelspolitik* neue Wege sucht»; mit diesem Streben rückt der politische Schwerpunkt von der europäischen Integration zur atlantischen Wirtschaftsgemeinschaft. — Die Ursachen für das amerikanische Defizit der Zahlungsbilanz sieht die Wiener «Industrie» am 2. 2. in der *sozialpolitischen* «Lohninflation, welche die Wettbewerbsfähigkeit erschlägt». — *Endlich* lohnt es sich, im «Aktuellen von Börse und Wirtschaft» der Schweizerischen Volksbank aus dem Jan. die Schilderung «der amerikanischen Aluminiumindustrie» auf sich wirken zu lassen.

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

Die wieder verspätet erschienene «Osteuropa-Wirtschaft» enthält in ihrer Nr. 2 vom Nov. 1961 zwei wertvolle Aufsätze: Alexander Sieger (Bad Godesberg) stellt eine «Analyse des *sowjetischen* Zwanzigjahresplanes (1961—1980)» an, in der er vielfältiges Material verarbeitet hat; und Dr. Kurt Wessely (Wien) berichtet in gleichfalls ausführlicher Weise über «die Wirtschaft der *Tschecho-*

slowakei im Übergang zum dritten Fünfjahresplan (1961—1965)». In der «NZZ», Nr. 43 vom 14. 2., liest man recht wirkungsvolle Wesensmerkmale des «sowjetischen Außenhandels vom Jahre 1960», die aus russischen Quellen wiedergegeben werden.

Nachdem in der Februarausgabe der «Schweizer Monatshefte» Dr. Wolfgang Förster mit eindringlicher Klarheit und an Hand von Zitaten aus programmatischen Erklärungen der Sowjets auf die Gefahren hingewiesen hat, daß Lieferungen des Westens an den kommunistischen Block nur zur Stärkung seiner Ziele ausgenutzt werden, können wir es uns heute ersparen, in breiterer Front die Pressestimmen zu den lebhaft erörterten Problemen des *West-Ost-Handels* zu benennen. Ergänzend zu Försters Aufsatz sei nur eines Artikels im Frankfurter «Volkswirt» vom 2. 2.: «Westliche Integration erschreckt den Kreml» und der statistischen Angaben über die qualitative Zusammensetzung des schweizerischen Handels mit den Ostblockländern in der «Wirtschaftsrevue» vom Febr. gedacht.

Sonstiges

Im Nachtrag zum «Querschnitt» vom Jan. möge noch auf die wieder recht illustrative «Revue Economique Franco-Suisse» hingedeutet werden; ihre Nr. 3 erhält als Leitthema die Warenverteilung in der modernen Handelsorganisation.

Die Münchener «Zeitschrift für kommunale Wirtschaft» führt als Mittelpunkt ihrer Ausgabe im Dez. die Wasserwirtschaft, im Jan. die Gas- und im Febr. die Stromversorgung an. Die Zürcher «Wirtschaft-Winke» informieren auf ihrer «Seite des Beraters» im Febr. über «Probleme der Feuerversicherung». Professor Dr. Otto Angehrn (Basel) äußert sich in der «SAZ» vom 8. 2. recht ansprechend über «die Bedeutung der Form für das betriebliche Zusammenleben». Soweit feststellbar wird schließlich zum ersten Male in einer ökonomischen Zeitschrift, nämlich im «Wochenbericht» von Bär am 21. 2. von hoher Warte gegen die herrschende Marktwirtschaft der berechtigte Vorwurf erhoben, sie lege den egoistischen Trieben der Menschheit zu wenig Zügel an und sei schuldig «in bezug auf die ethische Prägung des Individuums». Von hier ist der Weg zu negativer Beurteilung der Institution der Demokratie, weil sie Kräfte zur Abwehr des Eigennutzes vermissen läßt, nicht mehr weit.

(Geschrieben anfangs März 1962.)

Hans Posse